

Solidarität und Gerechtigkeit

III. Gesprächsforum zur Grundsatzprogrammdebatte

Erfurt, 9. Oktober 2006

Eröffnung

Christine Lieberknecht MdL

Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

In einer Rede am 20. Februar dieses Jahres hat unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Bundesausschuss der CDU folgendes gesagt: „Das Misstrauen in die Soziale Marktwirtschaft ist in Ostdeutschland noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Nur noch eine Minderheit empfindet die Soziale Marktwirtschaft als gerecht. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wird aus meiner Sicht auf Dauer nicht überleben, wenn nicht wieder ein breites Empfinden von Gerechtigkeit hergestellt wird.“

Es gibt wahrscheinlich kaum einen in diesem Saal, der dieser Prognose widersprechen würde. In diesen Sätzen ist zugleich eine Konsequenz aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf formuliert worden. Die CDU hat ihn unter starker Betonung der Freiheit und Eigenverantwortung, mit stark ordnungspolitischen Elementen geführt.



Für diejenigen, die über die richtige Balance zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gelegentlich nachdenken, war das kein Problem. Denn im christlichen Menschenbild ist der Mensch das zur Freiheit begabte und berufene Wesen. Es soll seine Freiheit nutzen, in dem es Verantwortung übernimmt, Bindungen eingeht, Solidarität – oder Nächstenliebe – übt. Damit trägt der Mensch zu einer gerechten Gesellschaft bei und mehrt das Gemeinwohl.

Heute wissen wir, dass wir damit etwas voraus gesetzt haben, was die Mehrheit der Menschen so nicht mit vollzogen hat. Möglicherweise konnten sie es auch nicht in einer Gesellschaft in der über Jahrzehnte in sozialistischer Tradition Gerechtigkeit mehr oder weniger als ein Synonym für Gleichheit verstanden wurde und vielfach noch immer verstanden wird, und kaum die Gelegenheit bestand, diese Frage jenseits des ideologischen Korsetts zu durchdenken.

In Thüringen haben wir als CDU, als Landesregierung und als Fraktion daraus eine Schlussfolgerung gezogen, die ich als ambitioniert bezeichnen möchte. Wir haben ge-

sagt: Zu einer guten Politik und dem Ringen um eine gute Ordnung gehört für eine Partei wie die CDU auch, sich der geistigen Besitzstände zu versichern und das zu diskutieren, was wir möglicherweise zu wenig diskutiert haben. Wenn wir verstanden werden wollen, müssen wir die Maximen verdeutlichen, aus denen wir unsere Politik entwickeln.

Es gab und gibt aber nicht nur diesen Hintergrund, denn auch bei uns im Land merken wir ja: Durch den beständigen Wandel der letzten Jahre, durch die großzügige Finanzierung des Aufbaus in Thüringen und die Abfederung der sozialen Verwerfungen, durch Alterung und Abwanderung und offene Märkte und Arbeitsmärkte, sind wir heute zu Reformen gezwungen, bei denen es auf absehbare Zeit außer Lasten nicht viel zu verteilen gibt. Und natürlich erwarten die Menschen, dass es dabei gerecht zugeht.

Ich bin davon überzeugt, dass wir gerade in einer solchen Situation noch einmal gründlicher als gewöhnlich erläutern müssen, warum wir etwas so und nicht anders entscheiden und regeln, warum es aus unserer Sicht gerecht und solidarisch ist. Ich will das an ein paar Beispielen aus der politischen Arbeit unserer Fraktion erläutern.

Erstens möchte ich die Familienpolitik nennen. Gerade weil sie besonders umstritten ist. Zwischen den politischen Parteien und zum Teil auch in der CDU führen wir eine Auseinandersetzung um die Frage, ob wir eher Betreuungsstrukturen ausbauen oder Familien durch Steuervergünstigungen oder direkte Leistungen unterstützen sollen.

Im wirklichen Leben wird es stets beides geben und geben müssen, aber die Stimmen werden lauter, die bei den Familienleistungen zugunsten der Strukturen und zu Lasten der Familien umschichten wollen. Wir haben in Thüringen ganz klar einen anderen Akzent gesetzt.

Wir haben in einem kleinen Segment – dem dritten Lebensjahr eines Kindes – für alle Eltern ein gleich hohes Landeserziehungsgeld eingeführt, weil wir auf Wahlfreiheit setzen. Eine Politik, die einseitig auf außerhäusliche Betreuung setzt, kann nicht gerecht sein, weil sie nicht einmal versucht die Gegebenheiten und Lebensentwürfe in einer pluralistischen Gesellschaft abzubilden. Die Freiheit reduziert sich hier auf die Alternative, ein staatliches Angebot anzunehmen oder finanziell deutlich schlechter gestellt zu werden.

In der Debatte darum gab es immer wieder die Drohkulisse von Eltern, die das Geld einstreichen und ihre Kinder mit der Keksrolle vor der Glotze parken, statt sie in den Kindergarten zu geben. Das hat sich nicht bewahrheitet. Der Anteil der Dreijährigen in den Kindergärten hat sich nicht verändert.

Trotzdem nehme ich jene ernst, die dieses Argument vorgetragen haben. Denn selbstverständlich gibt es Problemfamilien. Auch die Kinder in solchen sozial prekären Verhältnissen haben ein Recht darauf, ihre Anlagen entfalten zu können und gefördert zu werden. Das ist ein Gebot der Chancengerechtigkeit.

Deshalb ruhen wir uns auch nicht auf der erfreulichen Tatsache aus, dass Thüringen zur kleinen Gruppe der Länder in Deutschland gehört, in denen der Bildungserfolg deutlich geringer von der Herkunft abhängt als anderswo. Und dennoch ist dies ein Feld wo eben aus Gründen der Gerechtigkeit gelten muss: Das Bessere ist der Feind des Guten.

Deshalb setzen wir einen Schwerpunkt beim Thema frühkindliche Bildung. Erst kürzlich haben wir mit einem Fraktionsforum zum „Bildungsplan von 0 bis 10“ dieses Feld intensiv beackert. Chancengerechtigkeit ist der Schlüssel zur Teilhabegerechtigkeit.

Gestatten Sie mir abschließend zwei weitere Anmerkungen zum Aspekt der Generationengerechtigkeit und der Solidarität der Generationen untereinander. Was hier verlangt ist, könnte einem manchmal wie die Quadratur des Kreises erscheinen. Der älteren Generation gebührt Lohn für ihre Lebensleistung, die mittlere, beruflich aktive Generation soll finanziell dadurch nicht erdrückt werden, und keiner soll auf Kosten der kommenden Generationen leben.

Doch auch hier stellen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten der Aufgabe, nach der jeweils freieren, gerechteren und solidarischeren Lösung zu suchen. So haben wir eine große Anfrage zur Seniorenpolitik formuliert. Sie ist der Einstieg in einen Perspektivwechsel. Weg vom Defizitmodell – hin zum Potentialmodell.

Beteiligung und Mobilität, das Ausschöpfen der eigenen Möglichkeiten, Solidarität und Unterstützung innerhalb der älteren Generation führten nach unserer Überzeugung nicht nur zu einem sinnerfüllteren dritten Lebensabschnitt – zwischen dem beruflichen Ausstieg und dem Eintritt tatsächlicher Gebrechlichkeit –, sie entlastet natürlich auch die mittlere Generation.

Zur Generationengerechtigkeit gehört selbstverständlich auch die Haushaltssanierung. Sie ist durch die Einnahmeausfälle zwischen 1998 und 2005 nicht so möglich gewesen, wie wir es ursprünglich geplant hatten. Wenn wir so gespart hätten, wie wir gespart haben und wir so viel eingenommen hätten, wie vorausgesagt war, wären wir 2006 ohne Neuverschuldung ausgekommen. Nun soll Politik nicht in so viel Konjunktiven sprechen, aber erinnern muss man daran gelegentlich schon.

Dennoch bleibt noch mehr zu tun. Wir müssen noch stärker auf die Ausgabenbremse treten als in den letzten Jahren. Das ist bekannt. Deshalb haben wir beim letzten Dop-

pelhaushalt beschlossen, etwaige Mehreinnahmen zum Abbau der Neuverschuldung zu nutzen. Die Haushalts- und Finanzpolitiker haben dafür ein Zukunftskonzept bis 2020 vorgelegt.

Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit: der Gerechtigkeit für nachfolgende Generationen.

Das sind einzelne Bausteine. Die Grundsatzprogrammdebatte soll uns dabei helfen, sie zu einem Mosaik zu formen, das man dann auch nach außen als Mosaik wahrnehmen kann. Deshalb danke ich Ihnen Herr Prof. Walter und Ihnen Herr Ministerpräsident Dieter Althaus, dass Sie heute mit uns, unter der Moderation unseres Generalsekretärs und Spiritus Rector dieser Foren, dem Hauptverantwortlichen für das Grundsatzprogramm, Mike Mohring, gemeinsam daran arbeiten wollen, diesem Mosaik etwas mehr Konturen zu geben. Ich wünsche uns allen einen anregenden Abend.

Einführung

Mike Mohring MdL

Generalsekretär der CDU Thüringen



Auf der Homepage unseres Ministerpräsidenten kann man nachlesen, weshalb er sich für Politik engagiert. Einige Sätze daraus möchte ich gerne diesem Gesprächsforum voranstellen: „Die demokratische Gesellschaft lebt vom Engagement des Einzelnen und von der festen Überzeugung, dass gemeinsame Werte gelebt und weiter gegeben werden müssen“. Und weiter heißt es: „Eine Politik, die an Freiheit und Gerechtigkeit ausgerichtet ist, so gestalten wir

eine erfolgreiche Zukunft.“ Mich würde interessieren, wie Du als Landesvorsitzender, aber auch ganz persönlich als Thüringer Bürger, wie Du die Definition von Solidarität und Gerechtigkeit siehst.

Impulsreferat Dieter Althaus

Ministerpräsident des Freistaats Thüringen



Zunächst einmal möchte ich Ihnen sagen, dass ich mich freue, dass diese Foren stattfinden, und ich bin begeistert, dass so viele Menschen daran teilnehmen. Das Treffen in Rom war schon ein toller Start, aber auch heute Abend sind es viele, die sich für eine Grundsatzdebatte interessieren. Das ist nicht selbstverständlich, denn es entsteht vielfach der Eindruck, dass die Alltagsthemen sich nicht unbedingt nach Grundsatzdebatten sehnen. Aber ich denke, das ist genau das deutsche Problem, dass wir zu wenig unsere Alltagsdebatten an Grundsätzen orientieren und die Grundlinien der Politik nicht mehr erkennbar werden. Am heutigen Abend stehen zwei Begriffe im Mittelpunkt, die die Grundlinien der Politik vorgeben – Solidarität und Gerechtigkeit.

Dass wir in einem spannenden Umfeld diskutieren, darf auch erwähnt sein. Heute im Jahr 1989 – also vor 17 Jahren – hat die friedliche Revolution begonnen. Im Umfeld des 40. Jahrestages der DDR haben die Menschen den Mut gehabt, auf die Straße zu gehen. Es ist der Tag der Gewaltlosigkeit, der Start für die großen Demonstrationen und damit auch der Start für den Tag, den wir in der letzten Woche am Dienstag begehen konnten. Es ist sozusagen eine Randnotiz der Geschichte, dass am Sonnabend die Vorderen der DDR gerne den Jahrestag der DDR gefeiert hätten.

Ich finde die Grundsatzdebatten, die jetzt auch in Berlin und auch hier in Thüringen geführt werden, sind sehr wichtig, weil damit klar wird, warum wir die eine oder die andere Entscheidung fällen.

Die Union geht vom christlichen Verständnis vom Menschen aus. Und damit ist die ethische Grundlage für verantwortbare Politik festgelegt – keine, die sich im Alltagspragmatismus ergibt, sondern eine ethische Verpflichtung, die von dem christlichen Verständnis vom Menschen ausgeht. Unsere geistigen Wurzeln sind ebenso geprägt. Wir haben die Sozialethik der großen christlichen Kirchen, wir haben aber auch die liberalen Traditionen der Aufklärung und wir haben – auch das ist wichtig und in der heutigen Zeit wieder zu betonen – die Überzeugung, dass es richtig ist, wertkonservative Zweifel an der Bindungslosigkeit und an der Staatsallmacht zu haben. Und wir haben einen christlich-patriotisch motivierten Widerstand in der Geschichte, der gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat. Und wir haben unsere Erfahrungen aus der SED-Zeit bis hin zur Erfahrung der friedlichen Revolution.

Entscheidend für uns ist das christliche Menschenbild. Das heißt, dass nach unserer Überzeugung, auch als Partei, der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist. Das ist der Ausgangspunkt für die Rechte und Pflichten, die sich daraus ergeben, und für die Stellung des Menschen in der Welt, in der Gesellschaft und im Staat. Darauf gründet sich auch der westliche Rechts- und Verfassungsstaat. Es ist wichtig, immer wieder daran zu erinnern: Die europäische Demokratie mit dem Rechts- und Verfassungsverständnis ist direkt aus dem christlichen Menschenbild gewachsen. Daraus folgt zuallererst und als Oberstes die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Das hört sich heute wie selbstverständlich an und wenn man sie in einigen Punkten benennt, dann ist es auch klar: Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter. Aber schon jetzt wird es problematisch: Auch die religiöse und politische Überzeugung zählen dazu oder auch die Frage der Behinderung, der Gesundheit, der Leistungskraft, des Erfolges oder Misserfolges. All das muss unbedingt berücksichtigt werden, wenn wir von der Unantastbarkeit der Würde sprechen.

Wie ein Staat mit Menschen umgehen kann, haben wir bis 1989 erlebt. Da gab es die Unantastbarkeit der menschlichen Würde nicht.

Menschliche Würde, das heißt, wir sind einmalig, wir sind unverfügbar für jeden, für jede politische Organisation und für uns alle und das in allen Lebensphasen. Daraus erwachsen keine trivialen Antworten, sondern daraus erwächst ein ganzes System an Überzeugungen. Und diese Überzeugungen sind dann letztlich die Voraussetzung dafür, dass die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet ist, aber auch die Pflicht dem Nächsten gegenüber geleistet werden kann. Das heißt, Freiheit ist nach unserer Definition nicht einfach Bindungslosigkeit, sondern Freiheit ist zur sittlichen Entscheidung da, das heißt auch zu einer wertgebundenen Entscheidung. Unsere Grundwerte bestimmen die geistigen Grundlagen und davon lebt unser Gemeinwesen. Diese Grundwerte sind auch Maßstab und Orientierung unseres Handelns.

Es sind die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Freiheit heißt, Verantwortung für sich und das Gemeinwesen zu übernehmen. Solidarität heißt letztlich, Mitmenschlichkeit leben. Und Gerechtigkeit gewinnt aus der gleichen Würde jedes Menschen ihren Maßstab. Grundwerte sind so etwas wie unteilbare und auch nicht aufgebbare Menschenrechte. Das heißt, sie sind nicht auf natürliche Grenzen beschränkt und deshalb auch nicht in Frage zu stellen.

Heute Abend wollen wir über Solidarität und Gerechtigkeit diskutieren. Die Solidarität ist Ausdruck der menschlichen Natur und nach unserer Überzeugung Ausdruck des Gebotes der Nächstenliebe. Jeder hat das Recht, er hat aber auch die Pflicht zur Solidarität und trägt mit seiner Arbeit und seiner Leistung dazu bei. Dafür ist die unmittelbare Ebene die entscheidende: die Familie, die Nachbarschaft, die privaten Gemeinschaften. Das sind die unteren aber auch wesentlichen Ebenen der Solidarität. Und erst bei Überforderung dieser Ebenen, stehen Staat und

Gemeinschaft in der Verantwortung. Daraus ergibt sich dann auch das Gebot der sozialen Sicherheit, z. B. bei Risiken, die der Einzelne nicht tragen kann, muss die übergeordnete Ebene greifen, aber auch erst dann. Wenn in der kleinen Gruppe auf der unteren Ebene Solidarität nicht mehr leistbar ist, dann ist die Solidarität durch den Staat oder durch die Gemeinschaft zu organisieren. Solidarität hat weder etwas mit Almosen zu tun, noch etwas mit kostenloser Versorgung, sondern Solidarität sichert in einem freiheitlichen Gemeinwesen das Recht auf Sicherheit. Und wer auf die Solidarität des Staates baut, hat auch die Pflicht dem Staat gegenüber, soziale Verantwortung zu übernehmen. Das heißt, soziale Sicherheit hat sowohl eine befriedende als auch eine befreiende Wirkung. Und Solidarität erfordert zwingend Subsidiarität. Subsidiarität erfordert eigenverantwortliches Handeln. Bei der Bischofs-Konferenz in Fulda hat Kardinal Lehmann formuliert: „Subsidiarität beruht auf dem Miteinander von Solidarität und Eigenverantwortung. Solidarität braucht Eigenverantwortung.“ Diese Maxime hat Konsequenzen für die Familiengesetzgebung, für die Unternehmenssteuerreform, für ganz konkrete Entscheidungen bis hin zur Kindertagesstätten-Gesetzesnovelle in Thüringen.

Ich komme zur Gerechtigkeit. Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit. Das zeigt auch gleich, dass alle Systeme, auch das, was wir in der DDR erlebt haben, von vornherein ungerecht sind, wenn sie die Freiheit nicht ernst nehmen und sie auch nicht leben. Deshalb kann die DDR keine gerechte Gesellschaft gewesen sein. Und damit erübrigen sich auch viele, der heute manchmal zu hörenden Ostalgien. Gerechtigkeit wahrt die Würde und Freiheit aller Menschen. Gerechtigkeit verlangt Gleiches gleich zu behandeln, verlangt aber auch Ungleiches ungleich zu behandeln. Der Rechtsstaat schafft Gerechtigkeit – gleiches Recht für alle. Er schützt vor Willkür, vor Machtmissbrauch, er sichert die Sicherheit und die Freiheit zu und schützt die Schwächeren.

Es geht also um das Schaffen gerechter Chancen, nicht um das Schaffen von Gleichheit. Gleiche Möglichkeiten erhalten, sich in Freiheit so zu entfalten – und jetzt kommt das Entscheidende – wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht.

Ein Beispiel: Gleiche Startchancen zu den Bildungseinrichtungen. Dies ist etwas Selbstverständliches. Und auch gleiche Startchancen in der Arbeitswelt. Dazu gehört nicht, die Unterschiede in den persönlichen Anlagen des Einzelnen zu leugnen. Ein klassisches Beispiel ist die Bildungspolitik: Diejenigen, die immer nur von Chancengleichheit reden und von Gleichheit im Bildungssystem, die die Differenzierung aufbrechen wollen und zu Einheitssystemen führen wollen, haben eine grundsätzlich andere Überzeugung, als die, die wie wir sagen, die Menschen sind unterschiedlich und diese Unterschiedlichkeit muss ich als Wert für die Gesellschaft nutzen und entwickeln.

Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. Der Bundespräsident hat vor gut einem Jahr formuliert: „Der Staat ist nicht dazu da, den einmal erworbenen Lebensstandard zu sichern.“ In der Tat: Nicht gleiche Er-

gebnisse versprechen, Ungleiches also auch ungleich behandeln. Also nicht die Unterschiedlichkeit der selbst erarbeitenden Lebenssituation ist ungerecht und deshalb ausgleichsbedürftig, aber die Belastungen müssen gerecht verteilt werden. Schwächere müssen weniger tragen als Stärkere.

Alles andere sind sozialistische Vorstellungen. Da will man die Unterschiedlichkeit der Lebenssituation und auch der erarbeiteten Resultate gleich schalten. Klassische Beispiele: Kibbuzim aber auch der erlebte Kommunismus, der dann in maximaler Ungerechtigkeit untergegangen ist.

Und es ist gerecht, dass diejenigen, die unverzichtbare Leistung für unsere Gemeinwesen erbringen, auch entsprechend unterstützt werden. Dazu gehören aber nicht nur die Leistungsträger, die wir mit Mark und Pfennig oder Euro und Cent bewerten, sondern diejenigen, die wichtige, unverzichtbare Leistungen in unserer Gesellschaft unentgeltlich erbringen – die Eltern. Sie tragen die größten Lasten und deshalb dürfen sie keine höheren Lasten zusätzlich aufgebürdet bekommen. Unser ganzes soziales Sicherungssystem muss vor diesem Hintergrund überarbeitet werden und auch in weiten Teilen unser Steuerrecht. Absolute Gerechtigkeit wird nicht erreichbar sein. Den Schwachen und sozial Benachteiligten muss man deshalb im Besonderen verpflichtet sein.

Fazit:

Keine der großen Säulen des Sozialstaates ist ohne tiefgreifende Korrekturen weiter tragfähig. Die Arbeitslosigkeit, die sich kontinuierlich verstärkt hat, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und auch die demographische Entwicklung müssen sich, wenn Reformen durchgeführt werden, an Werten wie Solidarität und Gerechtigkeit orientieren. Die Herausforderungen unserer Zeit müssen wir offensiv angehen – nicht destruktiv, nicht resignativ. Dazu ist es zwingend notwendig, unsere sozialpolitischen Strukturen, insbesondere die Sicherungssysteme und unser Steuersystem zu verändern. Wenn wir nicht handeln, sind wir unsolidarisch und ungerecht. Und die Schwachen und die künftigen Generationen werden zuerst die Leidtragenden sein. Das heißt, die Union ist gefragt und gefordert. Und deshalb ist die Grundsatzdebatte in dieser Zeit so wichtig. Die Entscheidungen, die morgen und übermorgen anstehen, müssen sich an den Grundwerten – der Solidarität und der Gerechtigkeit – orientieren. Vielen Dank.

Überleitung

Mike Mohring MdL

Generalsekretär der CDU Thüringen



Der Deutsche Katholikentag im Mai 2006 stand unter dem Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“. Sie beide sind wie unser Altministerpräsident Dr. Bernhard Vogel einer Bitte gefolgt, für den Deutschen Katholikentag hundert Worte zur Gerechtigkeit zu formulieren. Einen Ausschnitt der hundert Worte von Herrn Professor Walter möchte ich gern zitieren: „Die Paradiesillusionen einer Geschenkwirtschaft zu verbreiten, gleichzeitig aber die Bürger mit

hohen Steuern und Abgaben zu belasten, ist also kein konstruktiver Beitrag zur Bewältigung irdischer Knappheiten und zur Minimierung von Konflikten.“ Und weiter: „Letztendlich zerstört diese Illusion auch die private Bereitschaft, Hilfe zu leisten und vernichtet somit die Basis für das Soziale schlechthin.“ Dies ist ein wunderbarer Einstieg für das Impulsreferat zum Thema Solidarität und Gerechtigkeit.

Impulsreferat *

Prof. Dr. Norbert Walter

Chefvolkswirt der Deutschen Bank AG

Was treibt mich? Der christliche Antrieb, aber gleichzeitig die Pflicht mit einem realistischen Menschenbild an die Dinge heranzugehen, mit einem realistischen Bild über die Wirklichkeit zu arbeiten. Wir Menschen sind nicht vor allem altruistisch. Wir sind zuerst Wesen, die gemäß der Eigenliebe ticken. Unser stärkster Antrieb ist die Eigenliebe.

Jeder Mensch, jeder, der eine Ordnung etabliert und diesen Sachverhalt ignoriert, schadet dem Ergebnis. Auch ich habe mir vorgenommen in meinem Leben, vor dem ewigen Richter eine gute Gesinnung gehabt zu haben, um hoffentlich dann, wenn ich anklopfe, angenommen zu werden.

Wenn ich aber im Diesseits agiere, dann möchte ich dem Prinzip, das Max Weber Verantwortungsethik nannte, entsprechen. Ich möchte die Dinge vorschlagen und die Dinge empfehlen, die zu einem besseren Ergebnis führen – nicht aber solche, die lediglich Ausdruck einer guten Gesinnung sind.

Warum? Ich hatte einen Lehrer Herbert Giersch, der mir vermittelt hat an vielen, vielen Beispielen deutscher Entscheidungsfindung, dass gut gemeinte Vorschläge oft das Gegenteil von guten Vorschlägen sind. Und diese Unterscheidung ständig vor Augen zu haben, ist mir ein wichtiger Wegweiser.



So viel zur Vorrede.

Zur Eigenliebe: Eigenliebe ist der Motor des menschlichen Verhaltens. Eigenliebe ist das, was zur Leistung antreibt. Eigenliebe beinhaltet aber offenkundig auch die Gefahr, dass sie entartet und sich extrem egozentrisch entwickeln kann. Und deshalb kommt es für jede gesellschaftliche Ordnung darauf an, dass man diese Entartung der Eigenliebe vermeidet. Herr Althaus hat den wichtig-

sten, den innersten Kreis schon genannt. Und ich möchte diesen auch ganz deutlich ansprechen. Wir sollten ruhig, wo immer wir können, dazu beitragen, dass dieser innerste Kreis auch als die erste Verantwortungslinie empfunden, begriffen und gewürdigt wird – nämlich diejenigen, die einem die Nächsten sind. Das heißt in der Regel, die Familie. Ohne Familie, der Keimzelle für das Erlernen von Sozialkompetenz und für die Herausbildung von Interessen, kann kein Wirtschaftssystem langfristig erfolgreich überleben.

Was schließen wir daraus? Dass wir für die Menschen, denen wir ständig in die Augen schauen, die wir an der Hand nehmen, deren Wärme wir empfinden, eine ganz besondere Verantwortung haben. Dies sorgt in einem so umfänglichen, in einem so bedeutenden Maße für das Soziale. Dieser Sachverhalt sollte von jeder Organisation, die eine gute Ordnung etablieren will, stets betont werden. Aber wir wissen natürlich, dass die Nächstenliebe nicht immer funktioniert. Wir wissen, dass es in Familien Streit gibt und Schwierigkeiten. Und wir wissen auch, dass es Menschen gibt, die das Glück nicht haben, in Wärme aufzuwachsen. Und deshalb brauchen wir sicherlich auch andere Formen, in denen wir unser Zusammenleben organisieren und vernünftige Ergebnisse sichern.

Diese zweite wichtige Steuerungsgröße, die die Eigenliebe in Grenzen hält, die die Eigenliebe vor Entartung schützt, ist die Ethik: Das, was eine Gesellschaft sich als Normen, als „das tut man“ und „das tut man nicht“ gibt. Ethik ist überall dort vorhanden, wo es - in Deutschland würde man wohl heute sagen – eine Leitkultur gibt. Überall dort, wo Ethik nicht vorhanden ist, wo also keine gemeinsamen Regeln aus philosophischer, religiöser oder ethnischer Quelle vorhanden sind, dort muss eine wertorientierte Ordnung etabliert werden. Und dann kommt der Staat ins Bild. Dann kommt die Rechtsordnung ins Bild. Und diese Rechtsordnung, die die Schranken setzt, ist dann die formale Aufgabe von Politik.

Aber man sollte über die Politik, den Gesetzgebern über die Ordnung, die solche Dinge einfängt, nicht reden, wenn man vorher nicht über Ethik gesprochen hat und über die große Bedeutung, die diese Ethik, diese gemeinsamen Regeln für das

Zusammenleben haben. Es ist offenkundig, dass Gesellschaften, die eine gemeinsame Ethik haben, sich besser verstehen, reibungsloser miteinander zurecht kommen, weil es durch die Gemeinsamkeit dessen, was man tut, und dessen, was man nicht tut, zu stillschweigenden, zu impliziten Verträgen kommt, die viele Kosten, Reibereien, ja unnötigen Streit vermeiden. Und die Köpfe und die Herzen und die Hände der Menschen können sich auf andere Aufgaben als das Gegeneinander konzentrieren. Die Leute können neue Produkte entwickeln, sie können Effizienz fördern, sie brauchen sich nicht gegenseitig beharken und beäugen.

Aber wir wissen auch, dass eine Gesellschaft, die pluraler wird, eine Gesellschaft, die immer globaler wird, die aus verschiedenen Ethnien zusammengesetzt ist, die mit verschiedenen religiösen oder keinen religiösen Hintergründen an ihre Lebensauffassung herangeht, natürlich dennoch eine Ordnung bilden muss. Damit will ich ausdrücken, dass es in unserer heutigen Zeit sicherlich immer schwieriger wird, eine ethisch basierte Ordnung zu etablieren, als in früheren Gesellschaften, in denen die Menschen im Dorf lebten, in einem relativ homogenen Staat. Wir brauchen also immer öfter einen Rechtsrahmen, der die Regeln festsetzt und die Nichteinhaltung mit Strafen sanktioniert.

Nun komme ich aus der Wirtschaft. Und ich wurde gebeten, die besondere Aufgabe, die Wirtschaft in diesem Kontext hat, mit einzubringen. Wirtschaft hat ihre Eigengesetzlichkeiten. Wirtschaft basiert auf unternehmerischem Antrieb. Wirtschaft basiert auf den Wünschen derer, die Güter nachfragen, die die Unternehmer anbieten. Und Wirtschaft ist prinzipiell nicht dazu da, Gerechtigkeit zu erzeugen.

Der Bäcker ist beispielsweise nicht dazu da, das Glück derer, die Brötchen essen, zu mehren. Der Bäcker soll nicht aus Liebe zu einem Kunden gute Brötchen backen - wenn er es tut, ist das okay. Es spricht vieles dafür, dass er gute Brötchen backt, damit er mehr verkauft und Gewinn macht. Der Bäcker backt nicht deshalb die besten Brötchen, weil er seine Kunden so liebt, sondern deshalb, weil er sich selbst liebt. Es ist also der Eigenantrieb des Bäckers, einen guten Gewinn zu erzielen. Wenn es denn so ist, dass dieser Eigenantrieb dazu führt, dass die Kunden morgens die größte Freude an sehr knusprigen Brötchen haben, umso besser für die Welt. Es wäre also richtig, dass wir dem Bäcker nicht zumuten, dass er seine Gemeinde beglücken soll, sondern wir sollten damit zufrieden sein, dass der Bäcker erfolgreich sein will. Und wir sollten beobachten, dass dann, wenn der Bäcker keine Möglichkeit hat, Monopolist zu werden, also im Wettbewerb mit anderen steht, die Wahrscheinlichkeit, dass er wirklich diese wunderschönen knusprigen und vielseitigen Brötchen macht, besonders groß ist.

Und wofür muss nun die staatliche Ordnung Sorge tragen? In unserer deutschen Debatte hat kaum jemand in besserer Weise beschrieben, welche Rolle der Staat und die Ordnung in diesem Kontext hat, als die Freiburger Schule und der für uns alle bekannteste Vertreter der Freiburger Schule - keineswegs ihr theoretisch klüg-

ster Kopf, wohl aber der barockeste und wirkungsvollste Vertreter. Ludwig Erhard hat deutlich gemacht, dass diejenigen, die als Unternehmer auf einem Markt anbieten wollen, nicht durch die anderen, die bereits da sind oder durch falsche Regeln daran gehindert werden, teilzunehmen. Es gibt aber nicht nur die staatliche Unterstützung für den Markteintritt derer, die dort anbieten wollen, es braucht auch die staatliche Regelung für den, der anzubieten versucht, aber nichts zustande bringt, keine guten Leistungen erwirtschaftet. Diesem muss durch eine Konkursordnung auch das Ausscheiden aus dem Markt zugemutet werden. Das ist die Rolle der Wirtschaftsordnung. Das ist, was die solidarische Aufgabe erfordert. Als Ludwig Erhard das den Unternehmern gegenüber forderte, hätte ihn am liebsten der Vorsitzende des BDI Fritz Berg auf den Mond geschossen, weil dies natürlich die Wünsche von Unternehmern, möglichst bequem Gewinn machen zu können, störte. Der Staat, die Marktwirtschaft, der Wettbewerb ist nichts, was dadurch entsteht, dass man Unternehmer allein lässt. Wir sollten also das, was die Neoliberalen der Freiburger Schule uns gegeben haben – die Verantwortung für ein staatliches System von Regeln, von Marktzugangsregeln, von Marktaustrittsregeln und von Regeln des Wohlverhaltens miteinander – immer wieder in die Debatte einbringen. Adam Smith ist derjenige, der viele von den Gedanken, die ich jetzt formuliert habe, in wunderbarer Weise entwickelt hat in zwei wichtigen Werken: „Theorie der ethischen Gefühle“ und „Der Wohlstand der Nationen“. In diesen zwei Werken hat er Wertgerüst und Effizienzmechanismen einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung deutlich gemacht. Aber er sagt auch, dass wenn zwei Unternehmer sich zum Frühstück treffen, sie ein Preiskartell vereinbaren. Deshalb kommt es darauf an, dass Marktwirtschaft durch diejenigen, die die Marktordnung etablieren, also durch den Staat gesichert wird.

In diesem Kontext will ich noch einen zweiten Aspekt vortragen: Wettbewerb können also Unternehmer nicht sichern. Wettbewerb kann nur der Staat sichern. Die Unternehmer sind Wettbewerber. Und Wettbewerber mögen nicht mehr Wettbewerber, sondern lieber weniger. Die Wirtschaft neigt zu Kartellen. Die Wirtschaft neigt zu Preisabsprachen und sie bedarf deshalb der Kontrolle von Außen, um dies zu vermeiden. Das ist ein zweiter und sehr wichtiger Sachverhalt, der im Kontext der Solidarität in diesem unserem Land gern übersehen wird. Ludwig Erhard wurde nie müde, diesen Punkt zu betonen. Es geht nicht an, Solidarität zu postulieren, aber die Gültigkeit dieses Prinzips an der Landesgrenze enden zu lassen. Er war deshalb ein entschlossener Verfechter des Grundsatzes, Marktzugang nicht nur auf Inländer zu beschränken. International offene Märkte waren für ihn ein konstitutiver Baustein einer Marktwirtschaft.

Wir - Herr Ministerpräsident Althaus und ich - haben ein paar Argumente vorgetragen über Solidarität. Wir zwei sind beide katholisch und diese katholische Kirche ist eine weltumspannende Einrichtung. Wenn wir in Deutschland über Solidarität reden, haben wir die Welt nie im Visier. Wir haben entweder die Nation oder noch kleinere Teile

im Visier. Die Diskussion ist bisher auf die Verteilung innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen fokussiert. Mit anderen Worten: Wir betrachten Solidarität jenseits der Landesgrenzen als nicht mehr politisch zu vertreten. Solidarität in unserem Lande übt der Wirtschaftsminister dann, wenn er die Konkurrenz aus Indien oder Polen ausschließt.

Faktisch ist freilich die Solidaritätsforderung, der wir in der Arbeitslosenversicherung, in der Altersversorgung, in der Gesundheitsversorgung entsprechen wollen, ein Rohrkrepierer: Sie sorgt für mehr Arbeitslosigkeit. Wir sind ein Land mit hoher nachhaltiger Arbeitslosigkeit, vermutlich auch zu einem nennenswerten Teil deshalb, weil unsere Sozialversicherungssysteme die Arbeitskosten unmittelbar erhöhen.



Sie erinnern sich an meinen eingangs skizzierten Satz von Giersch: Gut Gemeintes ist möglicherweise das Gegenteil des Guten. Oder lassen Sie mich es anders ausdrücken. Wir sind eine Gesellschaft, in der man beispielsweise den Versuch macht, das Recht von Frauen, die auch Kinder bekommen können, dadurch zu verbessern, dass man die Kosten der Mutterschaft, wenn diese denn eintritt, den Arbeitgebern aufbürdet. Das Ergebnis dieser gut gemeinten Politik,

Frauen, die Mütter werden, wirtschaftlich in eine günstigere Situation zu bringen, bedeutet faktisch, dass Frauen in ihren Erwerbschancen gegenüber Männern gleicher Qualifikation benachteiligt sind. Die Beschäftigungschancen von Frauen sind durch diese Regelung offenkundig behindert. Ist das solidarisch? Ist das gut? Müssen wir nicht nach anderen Antworten suchen als den gefundenen? Ich wollte an diesem Beispiel deutlich machen, dass die gute Absicht, die Teilhabechance von Frauen beispielsweise oder die Teilhabechance bestimmter Gruppen zu sichern, offenkundig mit den Methoden, die wir in unserer Gesellschaft gewählt haben, nicht erreicht werden können.

Sie wollten von mir aber auch wissen, wie ich damit zurechtkomme, dass die Wirtschaft in einer Situation, in der es erkennbar wichtigen Teilen unserer Gesellschaft wirtschaftlich und sozial außerordentlich schlecht geht, trotz hoher Gewinne nicht mehr Mitarbeiter daran teilhaben lässt.

Vor Ihnen sitzt jemand, der jetzt 19 Jahre lang in der Deutschen Bank arbeitet. Die meisten betrachten mich nicht als Norbert Walter mit meiner Biographie, sondern die meisten betrachten mich als Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Sie erwarten, dass ich die Politik der Deutschen Bank in wesentlichen Teilen präge. Das ist eine liebenswerte Unterstellung, aber zugleich auch eine unzutreffende. Denn es ist oft so, dass vieles von dem was ich öffentlich äußere, auch ebenso kritisch meinem eigenen Haus gegenüber geäußert ist. Und ich bitte Sie, mich

deshalb heute Abend nicht nur als Chefvolkswirt der Deutschen Bank zu sehen, sondern auch als jemanden, der die Gedanken, die er formuliert hat, ganz unabhängig von seiner beruflichen Aufgabe gefunden hat und auch nach innen im eigenen Unternehmen vertritt.

Ich betrachte derzeit die Haltung unserer Wirtschaft als besonders wenig von Solidarität geprägt, aber auch nicht der eigenen Aufgabe verpflichtet. Wie sonst könnte bei der bald anstehenden Knappheit an jungen Fachkräften die geringe Interessiertheit an jungen Bewerbern erklärt werden. Ich bin zutiefst verstört darüber, dass die deutsche Wirtschaft derzeit nicht in der Lage ist, ihr Eigeninteresse an einer höheren Beschäftigung der Menschen, die in diesem Lande leben, zu erkennen und vielmehr, als derzeit getan wird, zur Beschäftigungsfähigkeit der nachwachsenden, aber auch der älteren Generation zu tun. Ich kann vor allem nicht verstehen, wie in Zeiten des demographischen Niedergangs, das heißt der Knappheit junger Menschen, wir noch immer nicht im stärkeren Umfang Schüler und Jugendliche in unsere Erwerbswelt zu integrieren versuchen, weil diese die einzige Hoffnung für eine zukünftige, erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung in diesem Lande darstellen. Ich bin entsetzt darüber, wie viele in der Wirtschaft ihr Eigeninteresse an den jungen Menschen mit ihren Qualifikationen und ihrer Motivation nicht erkennen.

Lassen Sie mich aber zum Schluss noch einen Gedanken formulieren und nehmen Sie den bitte von Norbert Walter, Privatmann, an. Es fällt mir außerordentlich schwer, den gesellschaftlichen Anspruch zu akzeptieren, von den existierenden Unternehmern zu verlangen, dass sie die künftigen Arbeitsplätze bereitstellen. Und warum? Weil ich nicht sehe, warum nicht jeder einzelne Unternehmer werden kann. Wir sind nicht als Arbeitnehmer geboren. Mit anderen Worten: Ich glaube, dass die Teilhabe an der Zukunft vor allem dadurch verbessert und gefördert würde und Solidarität und Gerechtigkeit und Freude und Arbeitsstolz dadurch vermehrt werden könnte, indem Sie, wir, Eltern, Unternehmer, Lehrer mehr Menschen in unserer Gesellschaft den Willen vermitteln, Unternehmer zu werden. Ich bin verblüfft, dass wir Deutschen nicht wahrnehmen, dass in den USA beispielsweise dreimal so viele Menschen als hier Unternehmer werden wollen und dreimal so viele Menschen auch tatsächlich Unternehmer werden als bei uns. Ich bin davon überzeugt, dass Menschen aus der Wirtschaft deshalb ihrer Verantwortung auch dadurch ganz besonders gerecht werden, dass sie in mehr jungen Menschen den Wunsch unternehmerisch tätig zu werden, nähren und fördern. Sie sollten Paten werden für diesen Prozess. Das würde solidarische Gesellschaft, Teilhabergesellschaft im viel stärkeren Umfang ermöglichen, als das, was wir typischerweise in unserem Land durch die Debatten, die wir pflegen, und die Gesetze und Institutionen, die wir machen, auf den Weg bringen.

Anmerkungen

<http://www.norbert-walter.com>